

Appell an Solidarität der Hauseigentümer

Sanierungskommission der Sozialen Stadt lehnt Bürgerantrag auf Entlassung aus dem Sanierungsgebiet ab / Seichter: „Viele Ängste unbegründet“

Von Edgar Behrendt

LEER. Abgelehnt! Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung sprach sich die Sanierungskommission „Leeraner Oststadt“ in der vergangenen Woche dagegen aus, mehrere Straßen aus dem Sanierungskonzept für die „Sozialen Stadt“ herauszunehmen. Eine Bürgerbewegung hatte rund 300 Unterschriften von Hauseigentümern gesammelt, die dieses forderten, da sie unter anderem befürchten, später über Ausgleichszahlungen zur Kasse gebeten zu werden.

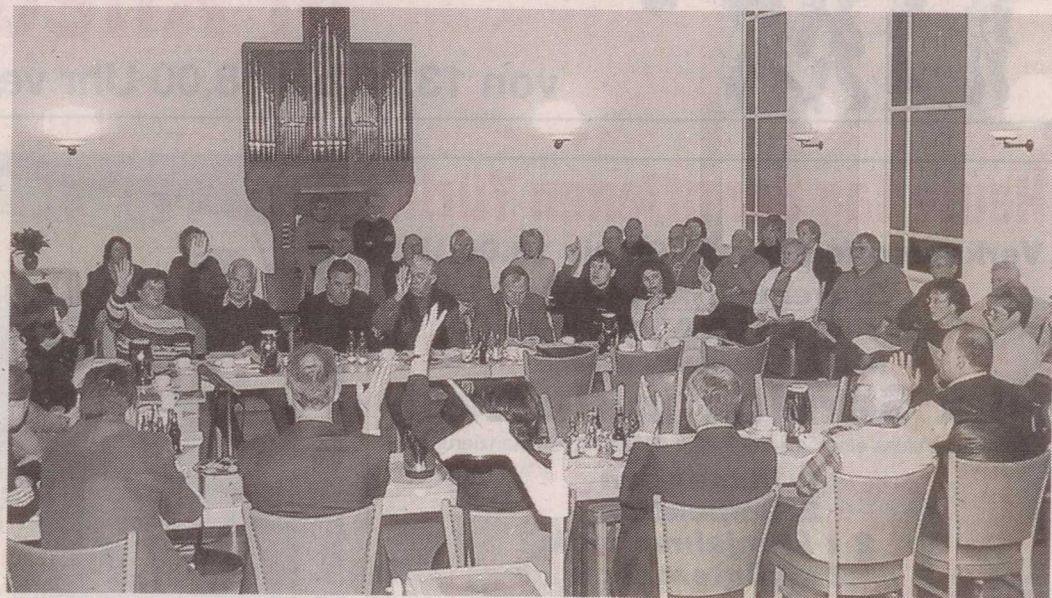
Manfred Seichter (FDP) und Paul Foest (CDU) bewerten das Anliegen der Hauseigentümer unterschiedlich: Man müsse das Gesamtprogramm betrachten und es als Chance begreifen, betonte Seichter,

der an die Hauseigentümer appellierte, sich solidarisch zu verhalten. Seiner Meinung seien viele Ängste unbegründet. In Bereichen der Oststadt wie zum Beispiel „Unter den Eichen“ finde in Ansätzen eine Ghattobildung statt. Es gehe darum, sich die dortigen sozialen Strukturen vor Augen zu führen. Diesen müsse man Einhalt gebieten, forderte Manfred Seichter.

Paul Foest erklärte dagegen, dass der CDU das Konzept zum Teil nicht gefalle und spielte damit auf Ausgleichszahlungen an. Auch in der Altstadt habe es zunächst geheißt, dass nach den Sanierungen nur „ein paar Mark“ fällig würden. Heute, so habe er erfahren, würde jedoch zum Teil mit 45 Euro pro Quadratmeter Fläche

abgerechnet. Foest forderte, dass die Kosten, die auf Hauseigentümer zukommen würden, bei etwa fünf Euro pro Quadratmeter festgeschrieben werden sollten, damit diese wüssten, was auf sie zukomme. Das sei rechtlich nicht möglich, antwortete die Vorsitzende der Kommission Margit Bächle-Fiks. Außerdem könne die Sanierung der Oststadt nicht mit der Sanierung der Altstadt verglichen werden.

Auch der Forderung Foests, den Hauseigentümern, die eine Unterschriftenliste vorgelegt hatten, die Chance zu geben, aus dem Sanierungsvorhaben entlassen zu werden, stimmte die Sanierungskommission nicht zu. Zu entscheiden haben darüber nunmehr die politischen Ausschüsse der Stadt.



Die Sanierungskommission stimmte gegen einen Bürgerantrag, in dem gefordert wurde, mehrere Straßen aus dem Sanierungsgebiet der Oststadt zu entlassen. Foto: Behrendt